

Sicherheit: Schweiz soll mit EU verhandeln

- 01.09.2025
- 20 Minuten Zürich
- Christof Vuille

BERN Die Schweiz soll in Verteidigungsfragen enger mit der EU zusammenarbeiten, fordern Sicherheitspolitiker. Die SVP ist dagegen. Monsterzölle von 39 Prozent und höhere Kosten für Kampfjets: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA gestalten sich gerade schwierig. Auch deshalb möchte die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats, dass der Bundesrat Verhandlungen mit der EU aufnimmt für ein Abkommen zu einer Partnerschaft im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Im September entscheidet der Rat über das Geschäft, der Bundesrat selbst spricht sich dafür aus.

«Lage hat sich verändert» Gespräche mit Sicherheitspolitikern aus verschiedenen Parteien zeigen: Die grosse Kammer dürfte der heissen Motion zustimmen. «Die geopolitische Lage hat sich verändert. Die USA sind kein zuverlässiger Partner mehr», sagt SP-Nationalrat Fabian Molina. Die Schweiz müsse deshalb ihre Abhängigkeit von den USA reduzieren und die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten ausbauen. Das würde die Sicherheit der Schweiz etwa in den Bereichen Cyberschutz, Spionageabwehr, dem Kampf gegen Desinformation, Terrorismusbekämpfung und Katastrophenschutz erhöhen, glaubt der Zürcher.

Ausserdem würde die Schweiz von günstigeren Preisen in der Rüstungsbeschaffung profitieren. FDP-Nationalrat Heinz Theiler hebt ebenfalls mögliche Rabatte bei Rüstungsbeschaffungen aus der EU hervor und sieht «bessere Marktchancen» für die Schweizer Rüstungsindustrie. «Linke nutzen Situation aus» Überhaupt keine Freude an diesen Plänen hat die SVP. Sie sieht die Neutralität in Gefahr, wie Nationalrat Thomas Hurter erklärt: Abkommen wie dieses würden «Unsicherheiten kreieren». Gefragt sei eine breite Zusammenarbeit - «so zum Beispiel auch mit den USA».

Weiter müsse die Schweiz die eigene Industrie stärken. Hurter sagt, die Linken würden die aktuelle Situation in den USA ausnutzen, um eine Annäherung an die EU zu forcieren..